

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Flexibilisierung der Pauschalvarianten des Kinderbetreuungsgeldes

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine Reform der vier Pauschalvarianten des Kinderbetreuungsgeldes hin zu einem „Kinderbetreuungsgeldkonto“ mit flexiblen Teilungsregionen zwischen Mutter und Vater und flexibleren Zuverdienstgrenzen einzusetzen. Weiters sollen die Hürden zur Elternteilzeit verringert werden, damit auch eine zeitgleiche Inanspruchnahme von Karenz und Elternteilzeit durch Mutter und Vater möglich wird.

Begründung

Die Erhöhung der Familienbeihilfe ab Juli 2014 um 4%, sowie die angekündigte monatliche Auszahlung der Familienbeihilfe sind wichtige Verbesserungen für Mütter, Väter und Kinder. Weitere Modernisierungsschritte erscheinen dennoch als erforderlich. Derzeit kann eine Bezugsvariante des Kinderbetreuungsgesetzes, für die man sich entschieden hat, nur binnen 14 Tagen ab erstmaliger Antragsstellung abgeändert werden. Jedoch können sich Lebensumstände und Lebensphasen von Familien rasch ändern. Eine Adaptierung des Kinderbetreuungsgeldes auf eine veränderte Lebenssituation muss möglich sein. Weiters hört die Betreuung von Kindern bekanntlich nicht mit 36 Monaten auf. Mit einem Kinderbetreuungsgeldkonto könnten sich Eltern Geld und Zeit für wichtige Lebensphasen der Familie reservieren.

Weiters stehen die Regelung, dass Elternteilzeit nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn der andere Elternteil nicht in Karenz ist, sowie die Zuverdienstgrenze zum Kinderbetreuungsgeld laufend in der Kritik. Eine Flexibilisierung der Zuverdienstgrenzen, soll dazu führen, dass beide Elternteile gleichermaßen Zeit für die Familie haben, unabhängig vom

jeweiligen Beschäftigungsverhältnis. Die derzeitigen Regelungen wirken sich in der Praxis oftmals als Hürden bei der Vereinbarung von Familie und Beruf aus. Hinsichtlich der aktuellen Geburtenrate von 1,4 wird es entscheidend sein, Familien mehr Mut zu machen. Andernfalls wird diese Entwicklung langfristig zu einem Problem. Die gesetzlichen Bestimmungen müssen daher so gestaltet werden, dass Familie auch gut leb- und leistungsfähig ist.

Linz, am 10. Juni 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Priglinger, Csar, Schillhuber, Langer-Weninger, Aichinger, Gattringer, Frauscher, Weinberger, Astleitner, Tausch, Hingsamer, Peinsteiner, Alber, Höckner, Stanek

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Wageneder, Buchmayr, Schwarz, Hirz